

Antrag

der Abgeordneten Christian Görke, Ralph Lenkert, Klaus Ernst, Dr. Gesine Löttsch, Gökay Akbulut, Matthias W. Birkwald, Susanne Ferschl, Ates Gürpınar, Susanne Hennig-Wellsow, Caren Lay, Christian Leye, Thomas Lutze, Pascal Meiser, Sören Pellmann, Victor Perli, Heidi Reichinnek, Bernd Riexinger, Jessica Tatti, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Dr. Sahra Wagenknecht, Janine Wissler und der Fraktion DIE LINKE.

PCK Schwedt Raffinerie retten und transformieren – Deindustrialisierung Ostdeutschlands verhindern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Raffineriewerke PCK Raffinerie GmbH in Schwedt decken laut eigenen Angaben etwa 90 Prozent der Kraftstofflieferungen in den Raum Berlin-Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommerns ab und sind ein entscheidender Strukturbaustein mit Leuchtturmcharakter für den gesamten Nordosten Brandenburgs. 1.200 Arbeitsplätze hängen direkt, tausende indirekt vom Petrolchemischen Kombinat (PCK) ab. PCK Schwedt ist zur Kraftstoffproduktion auf russisches Erdöl angewiesen, da die Anlage, wie auch die Raffinerie Leuna, auf die bisher bezogene Sorte sibirischen Öls kalibriert ist. Beide Anlagen – PCK Schwedt und die Raffinerie Leuna – müssen bei einem Stopp russischer Öllieferungen für eine langwierige Neukalibrierung außer Betrieb genommen werden. Alternativ müsste eine andere Bezugsquelle für Öl gefunden werden, das der Kalibrierung der Anlagen entspricht.

Mit dem von der Bundesregierung verhängten einseitigen Importstopp von russischem Pipeline-Öl zum 01.01.2023 werden für die Raffineriestandorte Schwedt und Leuna sowie für die Kraftstoffversorgung des gesamten Ostens Deutschlands erhebliche Fragen aufgeworfen. Über die Pipeline von Rostock nach Schwedt kann die PCK momentan nur mit 50 Prozent Auslastung beliefert werden. Die Ertüchtigung der Pipeline, die eine Auslastung von bis zu 75 Prozent gewährleisten würde, dauert bis zu zwei Jahre. Eine Alternativlieferung von Öl aus Kasachstan über die Druschba-Pipeline wurde bereits im Juni von kasachischer Seite angeboten. Bisher gibt es aber keine offizielle Einigung über Öllieferungen aus Kasachstan nach Schwedt. Polen ist nicht bereit, über den Hafen Danzig Öl nach Schwedt zu liefern, solange die PCK trotz Treuhandverwaltung noch im Eigentum von Rosneft ist. Des Weiteren stehen die ostdeutschen Raffinerien vor einem herausfordernden Transformationsprozess in eine nachhaltige und CO₂-neutrale Zukunft. Vor diesem Hintergrund liegt es im Interesse der Bundesrepublik Deutschland, zügig einen Plan für den Betrieb der Raffinerien PCK und Leuna zu entwickeln, der entweder die Verfügbarkeit von wirtschaftlich tragbaren, alternativen

und technisch passenden Öllieferungen in ausreichender Kapazität bis zum Raffineriestandort beinhaltet oder eine Neubewertung der Importstrategie bei russischem Öl.

Andernfalls droht in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen eine beispiellose Unterversorgung mit ölbasierten Kraftstoffen, die in ihrer Folge zu einer erneuten Deindustrialisierungswelle in Ostdeutschland führen würde.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die im Europäischen Rat beschlossene Ausnahmeregelung für Öllieferungen über Pipelines zu nutzen, bis eine Alternativbelieferung der PCK Schwedt ohne Produktionseinbußen sichergestellt ist;
2. gemeinsam mit dem Land Brandenburg die Möglichkeiten zur Überführung der PCK Raffinerie GmbH von staatlicher Treuhanderschaft in staatliches Eigentum vorzubereiten und umzusetzen und eine weitere Privatisierung auszuschließen;
3. sich dafür einzusetzen, dass den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der PCK in diesem Prozess die Weiterbeschäftigung garantiert wird;
4. sich analog zum Strukturstärkungsgesetz Kohleregion für einen Umbau der Industrieregion hin zu Nachhaltigkeit für die Zukunft und den Klimaschutz, wie zum Beispiel alternativen emissionsfreien Kraftstoffen, einzusetzen und diesen durch die Vorlegung eines Erdölersetzungsgesetzes zu begleiten;
5. für den Fall eines Ölembargos, beziehungsweise der Einstellung der Belieferung der PCK Schwedt mit russischem Erdöl dafür Sorge zu tragen, dass es in der Folge zu keiner Schlechterstellung der Region Ostdeutschlands bei Benzin, Diesel, Kerosin, Heizöl und weiteren Ölprodukten im Vergleich zum Westen Deutschlands kommt;
6. umgehend eine Versorgungsstrategie für Ostdeutschland mit Mineralölprodukten auszuarbeiten, die garantiert, dass es keinen erneuten Wettbewerbsnachteil ostdeutscher Unternehmen und keine Schlechterstellung ostdeutscher Haushalte durch eine Unterversorgung gibt, und die regionale Preissteigerungen verhindert;
7. sich dafür einzusetzen, dass die Produktionsfähigkeit an den Standorten Schwedt und Leuna auch während des Transformationsprozesses dauerhaft gewährleistet ist.

Berlin, den 29. November 2022

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion